

Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: 019/2019

Amt:	Fachbereich I	Datum: 31.01.2019
Bearbeiter:	Gerd Schierloh	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung
Finanz- und Organisationsausschuss	14.02.2019	öffentlich
Verwaltungsausschuss	21.02.2019	nicht öffentlich
Rat	28.02.2019	öffentlich

Straßenausbaubeiträge; Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der SPD/FDP/WPS-Gruppe zur Erteilung eines Prüfauftrages "Ablösung der gemeindlichen Straßenausbaubeitragssatzung" durch die Verwaltung

Sach- und Rechtslage:

Auf den anliegenden Antrag der Gruppe wird verwiesen.

Die Gemeinde Stadland verfügt seit 1975 über eine Straßenausbaubeitragssatzung.

Gemäß § 111 Abs. 5 Satz 3 NKomVG besteht grundsätzlich keine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Allerdings gilt auch § 111 Abs. 5 Satz 1 NKomVG (Grundsätze der Einanztmittebeschaffung). Danach hat die Kommune die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihnen erbrachten Leistungen und im Übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.

Im Rahmen des Prüfauftrages wären aus Sicht der Verwaltung die Rahmenbedingungen einschließlich der jeweiligen Vor- und Nachteile und künftigen Auswirkungen auf die Gemeinde für die Varianten

- Straßenausbausatzung mit einmaligen Beiträgen,
- Straßenausbausatzung mit wiederkehrenden Beiträgen,
- Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung zu prüfen.

Die Verwaltung verfügt zurzeit lediglich über einen Mitarbeiter der mit der Rechtsmaterie „Ausbaubeitragssatzung“ vertraut ist. Auf Grund vorrangiger anderer Aufgaben ist eine kurzfristige Abarbeitung des Prüfauftrages derzeit nicht leistbar. Eine Umsetzung kann erst in den nächsten Monaten erfolgen oder der Auftrag muss extern vergeben werden. In diesem Falle müssen jedoch trotzdem Zuarbeiten durch die Verwaltung geleistet werden.

Finanzierung:

Bei interner Prüfung entstehen Personalkosten im Hause. Bei einer externen Vergabe müssen entsprechende Mittel im Haushalt eingestellt werden (Kostenschätzung 6.000,00 bis 10.000,00 €).

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt die Rahmenbedingungen einschließlich der jeweiligen Vor- und Nachteile und künftigen Auswirkungen auf die Gemeinde für die Varianten

- Straßenausbausatzung mit einmaligen Beiträgen,
 - Straßenausbausatzung mit wiederkehrenden Beiträgen,
 - Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung
- zu prüfen und das Ergebnis innerhalb der nächsten Monate dem Fachausschuss vorzulegen.

Anlagen:

Antrag